



Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

An die
lokalen Medien

06.07.04

Berichterstattung über Bericht des Rechnungsprüfungsamtes zum Neubau der Feuerwache Deusen.

Presseerklärung

Nach dem bisherigen Stand der Erkenntnisse über die Vorgänge, die im Zusammenhang des Neubaus der Feuerwache Deusen untersucht worden sind, halten wir es für unumgänglich, Einblick in die kompletten Akten zu nehmen.

Zum einen ist aus unserer Sicht schon jetzt klar, dass der Amtsleiter von StA 37 in einer Weise gehandelt hat, die den Verdacht auf Korruption aufkommen läßt. Die Vermutung einer Verquickung dienstlicher und privater Interessen hat der Amtsleiter selbst zu verantworten. Inwieweit die Tätigkeiten sowie die Honorarabrechnungen im direkten Zusammenhang mit der Neubaumaßnahme der Feuerwache Deussen kritisch zu beurteilen sind, lässt sich aus den stichwortartigen Ausführungen des Rechnungsprüfungsamtes nicht abschließend belegen.

Jedenfalls ist klar, dass mit den strengen Maßstäben des Anti-Korruptions-Konzeptes sowohl dienstliche Essen mit dem Architekten K. hätten unterbleiben müssen und darüber hinaus einige der die Nebentätigkeiten, die formell offensichtlich nicht abgesegnet waren, ebenfalls nicht wahrgenommen werden durften.

Verwunderlich ist, dass der Vorgang erst jetzt als Vorlage zur Kenntnisnahme in den Rechnungsprüfungsausschuss gelangt ist und die Vorgänge im wesentlichen abgeschlossen sind: Die Staatsanwaltschaft stellte die Ermittlungen ein und der Amtsleiter ist mündlich ermahnt worden. Auch aufgrund der teilweise lückenhaften und nicht durchgehend chronologischen Darstellung der verschiedenen Vorgänge entsteht der Eindruck, dass hier nicht wie in gewohnter Weise berichtet worden ist. Möglicherweise sind die Abläufe aber auch so komplex, dass eine ausführlichere Darstellung nicht möglich war.

Von daher wird sich durch die Akteneinsicht herausstellen, inwieweit andere als die bisher gezogenen Konsequenzen gegenüber dem Amtsleiter erforderlich sind oder aber die Rechnungsprüfer Absichten verfolgen, die über die amtlichen Bewertung von Vorgängen hinaus gehen. Dazu Daniela Schneckenburger, Fraktionsvorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: „Politik braucht eine sachgerechte Bewertungsbasis, die zum jetzigen Zeitpunkt nicht gegeben ist“.